

Kriegstüchtigkeit

Alexander Müller

In meinem Bundestagsbüro erhalte ich vermehrt Mails und Anrufe besorgter Bürger, die ihren Unmut über Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius ausdrücken möchten. Der Minister hatte im November gefordert, dass die Bundeswehr kriegstüchtig und wehrhaft werden müsse. Während dies für viele eine Selbstverständlichkeit ist, wundert man sich über die Menschen, die die Wortwahl kritisieren und teilweise naive Vorstellungen zum Ausdruck bringen.

Was denkt sich so manch einer, wofür wir in Deutschland Streitkräfte unterhalten? Und ist es ihm egal, ob er demnächst von einem Autokraten regiert wird, unter Verzicht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie alle Freiheitsrechte? Oder blendet er diese Gefahr einfach aus und ignoriert die Vorgänge in der Ukraine, in Georgien und Tschetschenien?

Diese naiv-pazifistische Vorstellung resultiert aus dem Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums Ende der 80er-Jahre und der langen Phase ohne konkrete militärische Bedrohung in Europa. Sie hat viele Auswüchse generiert.

Es beginnt mit der Ablehnung von Streitkräften im Allgemeinen und uniformierten Soldaten im Speziellen. Schulen und Landesregierungen verbieten immer wieder die Aufklärungsarbeit von Jugendoffizieren, angetrieben von bestimmten Parteien. Man will bewusst die Augen vor den sicherheitspolitischen Herausforderungen verschließen. Es geht weiter mit den sogenannten „Zivilklauseln“, also der Selbstbeschränkung vieler Hochschulen, um die Forschung im Bereich der militärischen Sicherheit zu unterbinden. Dies widerspricht der gesetzlich garantierten Freiheit von Lehre und Forschung und ist sicherheitspolitisch brandgefährlich. Daher sollten Anreize geschaffen werden, diese Klausel zu beenden, zum Beispiel indem den betroffenen Hochschulen Fördermittel für Forschungsprojekte gekürzt werden, wenn sie die Freiheit der Forschung aus ideologischen Gründen einschränken.

Foto: Privat



Alexander Müller, MdB, Vizepräsident der GSP

Es geht weiter mit der EU-Taxonomie, die Unternehmen als grün oder sozial nachhaltig klassifizieren möchte. Sollten Rüstungsgüter aber tatsächlich pauschal als sozial schädlich deklariert werden, hätte das fatale Folgen für die Möglichkeiten der betroffenen Unternehmen, Kredite zu erhalten. Schon jetzt behandeln viele europäische Banken die Verteidigungsindustrie so, als wäre sie in der Taxonomie negativ klassifiziert. Es ist derart schlimm geworden, dass sich erste Unternehmen gegründet haben, die Sparfonds speziell zur Finanzierung von Investitionen in dieser Industrie aufgelegt haben.

Viele Banken und Versicherungen sind heute besonders stolz darauf, „ESG-konform“ (Environmental, Social and Governance) zu sein. Sie wollen sich damit einen grünen Anstrich geben und vermeiden jegliche Geschäfte mit Unternehmen aus der Rüstungsindustrie. Damit erhoffen sie sich, weniger kritische Beiträge auf ihren Hauptversammlungen von „aktivistischen Aktionären“ zu bekommen, schaden aber massiv den europäischen Fähigkeiten, selbst Verteidigungsgüter herzustellen. Wir werden in Europa tendenziell immer abhängiger vom Kauf von Waffensystemen aus anderen Ländern,

wenn wir unsere eigene Industrie dermaßen behindern. Diese übertriebene Konformität geht jetzt schon so weit, dass wir Berichte von Bundeswehrreservisten erhalten, deren Arbeitgeber ihnen die Teilnahme an Reservendienstleistungen untersagt. Die Begründung: Die anteiligen Personalkosten müssten in der Bilanz unter „ESG negativ“ verbucht werden, was vermieden werden müsse.

Das Grundgesetz ist sehr deutlich: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ (GG Art. 87a, b) Wenn wir unser Grundgesetz ernst nehmen, dürfen wir die notwendigen Maßnahmen auf dem Weg zur Wiederherstellung der Wehrfähigkeit nicht behindern. Die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung hängt davon ab.

Jeder weiß, wie knapp unsere Fertigungskapazitäten in Deutschland sind, um Munition, insbesondere Artilleriemunition, herzustellen. Die Politik versucht händeringend, die Hersteller zur Erweiterung ihrer Produktion zu bewegen. Das 100-Milliarden-Paket der Bundesregierung manifestiert genau diese Absicht. Die Firma Diehl betreibt in Troisdorf ein Werk zur Herstellung von Munitionskomponenten, das sie bereit ist zu erweitern.

Eine notwendige Fläche stünde zum Kauf zur Verfügung. Um an einem völlig neuen Standort die erste Genehmigung zur Herstellung von Munition zu erhalten, dauern die bürokratischen Prozesse jahrelang. Daher wäre es essenziell, dass bereits bestehende Standorte wie der in Troisdorf ihre Kapazität erweitern können. Doch der örtliche Bürgermeister arbeitet gegen diese Erweiterung. Die neuen Arbeitsplätze und die Gewerbesteuern sind ihm dabei offenbar egal. Es kann jedoch nicht sein, dass die Produktionsfähigkeit, die in unserem Bündnis zur Verteidigung gegen die russische Aggression nötig ist, von solchen kleinteiligen Entscheidungen abhängt. Angelegenheiten der nationalen Sicherheit sollten Priorität eingeräumt werden können.

Dies sind nur kleine Beispiele dafür, wie nötig es ist, dass die Zeitenwende auch in

unseren Köpfen ankommt und dass noch einiges zu tun ist, bis alle verstanden haben, um was es gerade geht. Die Worte des Verteidigungsministers, dass die Bundeswehr wieder kriegstüchtig werden muss, waren genau richtig. Sie sind keine Provokation, sondern beschreiben das, was jetzt nötig wird.

Dass die politisch extremen Kräfte in diesem Land, angefangen bei der AfD über die Linke und das Bündnis Wagenknecht, Aversionen gegen diese Beschreibung haben, hat unterschiedliche Gründe. Alle diese Kräfte haben keinen besonderen Bezug zur Freiheit und damit auch kein Problem, ein mögliches autokratisches Regime in Deutschland von Gnaden einer fremden Macht zu tolerieren. Die politische Nähe zu Wladimir Putin und die Verbreitung der Kremlpropaganda in Deutschland ist ihnen allen gemein.

Diese Haltung der Extremen wird jedoch dann zum Problem, wenn diese Parteien politische Mehrheiten bekommen. Wir erleben gerade, wie Italien, die Slowakei und wohl auch die Niederlande unter solchen Regierungen abkippen. Ungarn ist am weitesten fortgeschritten mit der Umwandlung in ein autoritäres Land. Wenigstens in Polen gibt es wieder Hoffnung, dass der Trend umgekehrt wird. Deutschland steht jedoch vor großen Herausforderungen angesichts der Umfragewerte. Ich werde aus Überzeugung weiter daran arbeiten, dass Deutschland wehrfähig und kriegstüchtig wird und sich gegen die Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verteidigen kann.

In eigener redaktioneller Verantwortung.

Die Gesellschaft im Netz: Block, Twitter, Instagram und Podcast



mitsicherheitkontrovers.de



twitter.com/GSPSipo



<https://open.spotify.com/show/3Z42mZ6qXNsyEeff6GhvkZ>



[instagram.com/gsp_sipo](https://www.instagram.com/gsp_sipo)

